

AKTUELL

TANKLAGER

Mamer bis

Richard Graf

Neue, größere Tanklager müssen her. Sagt der Wirtschaftsminister und wurde bezüglich der Standorte auch bereits mit dem Kollegen Landesplanungsminister einig.

Das gab es schon einmal: Eine anscheinend unverzichtbare neu zu bauende industrielle Infrastruktur, die aber keiner haben will. Die Regierung schwärmt aus und findet für sie den idealen Standort - in einer Naturschutzzone. Der Letzte, der darüber informiert wird, ist der betroffene Bürgermeister, Mitglied derselben Partei wie der federführende Umweltminister. Der Bürgermeister tritt aus Protest mit seinem gesamten Schöffenrat zurück und zu den bald darauf folgenden Wahlen nicht mehr an. Der Rest der Geschichte ist bekannt: Die Bürgerinitiative gegen die Industriemülldeponie in Mamer gewinnt im Oktober 1992 die Kommunalwahlen und stellt den Bürgermeister. Der Streit mit der Regierung zieht sich über Jahre hin, und am Ende steht fest: Eine Mülldeponie von dem ge-

planten Ausmaß war gar nicht nötig. Die Anlage wird nie gebaut.

Zu dem Tanklagerprojekt in der Nachbarschaft von Sanem gibt es mehr als nur eine Parallele. Der Bürgermeister - wiederum von derselben Partei wie der zuständige Minister - sieht sich vor vollendete Tatsachen gestellt. Er soll auf dem Terrain seiner Gemeinde eine Umgehungsstraße akzeptieren, die zum geplanten Standort auf dem Territorium der Nachbargemeinde führt - eine laut Minister unverzichtbare Ergänzungsmaßnahme.

Der Bürgermeister erhebt im Namen seiner Bürger Protest, denn die besagte Umgehungsstraße, die - wundert's - durch eine Habitat-Zone führt, war schon von Jahren von seiner Gemeinde abgelehnt worden. Damit steht Sanem, wie seinerzeit Mamer, am Nimby-Pranger: Alle wollen Benzin tanken, aber niemand will die dazu nötigen Lager etc. in seinem Garten haben.

Dagegen machen die braven Bürger von Bascharage, geführt vom CSV-Präsidenten, alles richtig. Sie

schlucken das Tanklager auf eigenem Terrain, das übrigens ebenfalls als Habitat-Zone registriert ist und kommen somit löblich ihren nationalen Pflichten nach.

Der Kuhhandel ist offensichtlich. Die Gemeinde Bascharage leidet unter großen Verkehrsproblemen und erwartet für die nächsten Jahre den totalen Kollaps. Mehrheit und Opposition im Gemeinderat fordern seit Jahrzehnten eine Umgehungsstraße, für die sich, dank des Tanklagerprojekts, die Chancen schlagartig verbessert haben. Den Nachbarn aus Sanem wird daher nun vorgeworfen, sich allen Lösungsvorschlägen unsolidarisch zu verweigern.

Die Antwort aus Sanem ließ nicht auf sich warten: Die Verkehrsprobleme in Bascharage seien zum Teil hausgemacht, weil die Gemeinde immer wieder neue Aktivitätszonen ausweise. Umgekehrt habe Bascharage zu der gemeinsam mit Sanem, Differdingen und Petingen geplanten regionalen Aktivitätszone nur etwa 12 Prozent der Flächen beigesteuert, weil angeblich nicht genügend Flächen zur Verfügung standen. Trotzdem soll Bascharage ein Viertel der Steuereinnahmen aus dieser gemeinsamen Industriezone erhalten. Diese interkommunale Solidarität nehme jetzt einen „faden Beigeschmack“ an. Denn die nunmehr freigegebenen Flächen für

das Tanklager lägen am Rande der gemeinsamen Aktivitätszone, für die Bascharage seinerzeit angeblich nicht genügend Flächen finden konnte.

Zumindest der regionale Frieden ist mit dem Tanklagervorschlag also nachhaltig gestört. Wie weit sich hier auch ein kommunalpolitisches Nachspiel ergeben wird, wird man sehen. Die beiden Regierungsparteien spielen in den zwei Gemeinden die jeweils andere Geige.

Doch für den Mouvement écologique ist es weniger dieses kommunalpolitische Possenspiel, das bedrückt. Als gravierend sieht der Meco vielmehr die Tatsache an, dass die Regierung erneut die Unausweichlichkeit eines Vorhabens in den Vordergrund gestellt hat, ohne wirklich zu prüfen, ob es nicht vielleicht doch auch mit geringeren Kapazitäten ginge, die dann eventuell an bereits bestehenden kleineren Standorten untergebracht werden könnten.

Die Umweltgewerkschaft sieht weder die Unverzichtbarkeit größerer Tanklager, noch die Nützlichkeit einer Umgehungsstraße als gegeben an. Sie hegt den starken Verdacht, dass hier Stimmung gemacht wird, um - wie schon in der Vergangenheit - vollendete Tatsachen zu schaffen und Verletzungen der Habitat-Verpflichtungen durch Luxemburg im Nachhinein zu rechtfertigen.

BIENNALE DI VENEZIA

Show off

Christiane Walerich

Welche Bedeutung hat die Kunstbiennale in Venedig für Luxemburg? Diese und andere Fragen standen im Mittelpunkt eines Rundtischgesprächs der Galerie Beaumontpublic.

Vom 4. Juni bis 27. November 2011 ist es mal wieder so weit, dann hält die internationale Kunstausstellung „Biennale di Venezia“ zum 54. Mal ihre Tore geöffnet: Der Luxemburger Beitrag ist diesmal das Projekt „Le cercle fermé“ von Martine Feipel und Jean Bechameil, das vor rund einem Jahr von einer Jury ausgewählt wurde. Über die grundsätzliche Frage, ob die Teilnahme an der Biennale überhaupt sinnvoll ist, debattierten diese Woche der Direktor im Kulturministerium Bob Krieps, der Direktor des Mudam Enrico Lunghi, der künstlerische Direktor des Casino Jo Kox, der Kunsthistoriker Hans Fellner sowie der Kurator der diesjährigen Biennale, René

Kockelkorn bei einem Rundtischgespräch, organisiert von der Galerie Beaumontpublic.

Seit 1995 hat das Casino mehrfach die logistische Vorbereitung der Teilnahme an der Biennale übernommen. Wie stets, gehört zum Aufgabenbereich auch dieses Mal, darüber zu wachen, dass das vom Kulturministerium vorgesehene Budget nicht überschritten wird. „Wir verfügen über das fixe Budget von 250.000 Euro, davon gehen 50.000 Euro für die Miete des Ausstellungsraumes drauf, die Ca'del Duca. Und der Rest dient den Künstlern für die Umsetzung ihrer Projekte“, erläutert Jo Kox. Persönlich ist er davon überzeugt, dass die Biennale für die Sichtbarkeit der Luxemburger Kunst und Kunstinstitutionen wichtig ist. Dem pflichtet auch der Direktor des Mudam, Enrico Lunghi bei.

Nach einer einmaligen Präsenz im Jahre 1956 nimmt Luxemburg seit 1988 regelmäßig an der Kunstschau

in Venedig teil. Über die 80er und die abenteuerlichen Anfänge weiß Lunghi einiges zu berichten: 1988 konnten die Künstler Patricia Lippert und Moritz Ney noch auf einem kleinen Stand im italienischen Flügel ausstellen. 1995 gab es diese Möglichkeit nicht mehr, und es musste kurzfristig ein neuer Ausstellungsort gefunden werden. Der Künstler Bert Theis ergatterte schließlich ein provisorisches Plätzchen im Giardini. Erst nachdem das Kulturministerium in den folgenden Jahren das Budget aufgestockt hatte, bot sich - 1999 - die Gelegenheit, die Ca' del Duca zu mieten, einen Pavillon am Canal Grande, der auch dem Luxemburger Beitrag zur Architekturbiennale als Standort dient. „Am Anfang steckte das Ganze noch in den Kinderschuhen. Seit 1995 hat sich die Kunstszene jedoch erheblich professionalisiert“, stellt Lunghi fest. Diese Professionalisierung habe sogar dazu geführt, dass die Luxemburger Künstlerin Su-Mei Tse 2003 den Goldenen Löwen in Venedig gewann. Um diese Entwicklung nachzuzeichnen, plant das Mudam, im nächsten Jahr eine Ausstellung zu den 12 bisherigen TeilnehmerInnen der Kunstbiennale zu organisieren. Auch Bob Krieps zweifelt nicht die Bedeutung der Lu-

xemburger Teilnahme an. Zwar sei Luxemburg ein kleines Land und könne deshalb nicht überall mitmischen, doch gelte Venedig - auch wenn die Kunstmesse inzwischen recht etabliert sei - als Referenz.

Die anwesenden Kunstkritiker hingegen verwiesen vor allem auf die fehlende Diskussion und den Mangel an Urteilskraft im Umgang mit Kunst. „Die Biennale ist ein Jahrmarkt der Eitelkeiten, vergleichbar mit dem Eurovision Song Contest“, kritisierte Hans Fellner. Deshalb liege es an jedem einzelnen Biennale-Besucher, in der Panoplie der Kunstwerke die 10 Prozent ausfindig zu machen, die wirklich interessant sind. Auch René Kockelkorn missfiel weniger die Teilnahme an der Biennale als vielmehr die mangelnde Diskussion über die Qualität der Exponate und das allgemeine Kunstniveau in Luxemburg. „Warum wurden gewisse Künstler ausgewählt und andere nicht, diese Diskussion findet nicht statt“, ereiferte er sich. Auch eine Kunstakademie in Luxemburg zu gründen, um die kritische Auseinandersetzung zu fördern, sei da keine Lösung. Da sind sich die meisten Teilnehmer einig: Damit füge man lediglich den vorhandenen Institutionen noch eine weitere hinzu.